



NIEDERSCHRIFT

über die 37. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Dienstag, 29.10.2013,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 18:40



Anwesenheitsliste

SPD

Rudolf Boesche

Dr. Maximilian Ingenthron ab 17.10 Uhr Top 4 ö.S.

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Heidi Berger

Rudi Eichhorn

Andreas Hott

Peter Lerch

Rolf Morio

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner Vertretung f. Fr. Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

FDP

Jochen Silbernagel

UBFL

Bertram Marquardt

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister



Thomas Hirsch

Beigeordnete/r

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark

Kurt Degen

Michael Götz

Christian Hans

Christoph Kamplade

Farid Moayyedi

Michael Niedermeier

Hans Schlösser

Schriftführerin

Stefanie Schuster

Entschuldigt

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Schröer

Vertretung Fr. Brunner



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende mit, dass die Tagesordnung um die Sitzungsvorlage „Schulbusverbindung Godramstein – Schulzentrum Ost“ erweitert werden soll. Die Vorlage wurde den Fraktionen am Montag zugestellt. Der Erweiterung der Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt.

Die Vorlage wird unter Top 4 der öffentlichen Sitzung behandelt.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Schankerlaubnissteuer und Landesgartenschau 2015; hier: Unbilligkeit bei hohem Umsatz
Vorlage: 200/130/2013
3. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung
Vorlage: 200/131/2013
4. Schulbusverbindung Godramstein-Schulzentrum Ost
Vorlage: 660/071/2013
5. Städtebaulicher Vertrag nach §11 BauGB zum Bauleitplanverfahren "Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans der Stadt Landau in der Pfalz in Bezug auf Konzentrationsflächen für Windenergie"
Vorlage: 680/064/2013
6. Änderung der Abfallgebührensatzung
Vorlage: 860/209/2013
7. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohner anwesend.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Schankerlaubnissteuer und Landesgartenschau 2015; hier: Unbilligkeit bei hohem Umsatz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung / Wirtschaftsförderung vom 4. Oktober 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, stimmt der Hauptausschuss einstimmig zu, dass die Steuerabteilung im Rahmen einer Ermessensentscheidung nach § 3 Abs. 1 Nr. 4 KAG i. V. m. § 163 AO für die im Zusammenhang mit der Durchführung der LaGa 2015 bereits im Jahre 2014 eröffnenden Schankbetriebe (Piccola Italia und Vinothek GmbH) sowie eventuell weiterer steuerpflichtiger Betriebe innerhalb des Wohnparks Am Ebenberg die Schankerlaubnissteuer entgegen der Regelung in der Satzung nicht auf der Grundlage des „erhöhten“ Umsatzes des Folgejahres 2015 (welches dann dem Umsatz des Gartenschaujahres entspräche), sondern auf der Grundlage des Umsatzes des Jahres 2014 oder 2016 bemisst.

Gleichzeitig wird die Steuerabteilung ermächtigt, den betroffenen Antragstellern hierzu eine verbindliche Auskunft zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung / Wirtschaftsförderung vom 17. Oktober 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, stimmt der Hauptausschuss einstimmig der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Schulbusverbindung Godramstein-Schulzentrum Ost

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Straßen vom 28. Oktober 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Aufgrund der Verlegung des Unterrichtsbeginns auf 7:55 Uhr können die Busse, welche Godramstein um 7:31 Uhr und 7:34 Uhr anfahren, nicht mehr gewährleisten, dass die Schüler pünktlich zum Schulunterricht kommen. Dies wurde bereits von den Schulleitern moniert. Es wurde darauf hingewiesen, dass ein Schulbus um 7:11 Uhr fährt, was den Eltern so nicht vermittelbar war. Wenn nun ein Zusatzbus auf 7:55 Uhr abgestimmt werden müsste, läge dieser bei 7:20 Uhr mit Zusatzkosten in Höhe von 55.000,-- €. Mit Blick auf die Kostensituation stelle sich hier die Frage, ob die Zeitdifferenz nicht zumutbar wäre.

Für Ratsmitglied Hott stehen die zusätzlichen Kosten in keiner Relation.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, stimmt der Hauptausschuss zu, dass auf den Einsatz eines Verstärkerbusses für den Schülerverkehr von Godramstein zum Schulzentrum Ost verzichtet wird.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Städtebaulicher Vertrag nach §11 BauGB zum Bauleitplanverfahren "Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans der Stadt Landau in der Pfalz in Bezug auf Konzentrationsflächen für Windenergie"

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Bauverwaltung vom 02. Oktober 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

In der Sitzung des Bauausschusses am 22. Oktober 2013 wurde von Ratsmitglied Dr. Migl hinterfragt, warum diese Vorlage nicht in der öffentlichen Sitzung behandelt wurde. Nach Prüfung des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung muss diese Vorlage in öffentlicher Sitzung behandelt werden. Aus diesem Grund wird die Vorlage in der heutigen Sitzung nochmals im öffentlichen Teil behandelt.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, stimmt der Hauptausschuss mit 13 Ja- und 2 Gegenstimmen dem in der Anlage beigefügten Entwurf zum städtebaulichen Vertrag nach §11 BauGB zum Bauleitplanverfahren „Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes der Stadt Landau in der Pfalz in Bezug auf Konzentrationsflächen für Windenergie“ zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Änderung der Abfallgebührensatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 10. September 2013, auf die hingewiesen wird.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, empfiehlt der Hauptausschuss dem Stadtrat einstimmig, er möge folgendes beschließen:

- 1. Der Verwaltungsrat beschließt unter Vorbehalt der Zustimmung durch den Stadtrat den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Abfallgebührensatzung als Satzung**
- 2. Der Stadtrat stimmt dem Entwurf zur Änderung der Abfallgebührensatzung als Satzung zu.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Verschiedenes

- Der Vorsitzende informierte, dass das Gutachten des Tartanbelages für das Stadion vorliegt. Nach Aussage des Gutachters, ist nach 3 Jahren die Schuld nicht mehr eindeutig zuzuordnen. Auch sei die ausführende Firma insolvent. Man einigte sich darauf, zunächst die schadhafte Stellen fachlich zu reparieren. In Abstimmung mit den Sportvereinen soll dann im Frühjahr entweder die Reparatur im kleineren Ausmaß stattfinden oder der 100 m-Bereich werde insgesamt ausgebessert.

Herr Götz teilte mit, dass lt. Gutachter eine ordnungsgemäße Zuordnung einer speziellen Ursache nicht mehr möglich sei. Mit Hilfe der Stadionarbeiter möchten sie die schadhafte Stellen so ausbessern lassen, dass sie keine Unfallgefahr mehr darstellen. Somit könnte die Sportfläche schnellstmöglich freigegeben werden. Wenn das Wetter mitspielt, können die Arbeiten innerhalb von 14 Tagen ausgeführt werden. Im kommenden Jahr könnte dann mit allen Beteiligten abgestimmt werden, welche der beiden Sanierungsvarianten zum Tragen kommt.

Der Vorsitzende erläuterte nochmals den Ablauf der Arbeiten und die Aufteilung der Verantwortlichkeiten.

Ratsmitglied Lerch möchte wissen, wie lange die Bahn im Sommer gesperrt sein wird sowie die Höhe der Kosten.

Herr Götz teilte mit, dass die Sperrungsdauer erst nach der Ausschreibung konkretisiert werden kann. Da noch nicht bekannt sei, wie großflächig die Sanierung sein wird, gehen sie zwischen 50.000,- und 100.000,- € Kosten aus. Bei einer Unterspritzung belaufen sich die Kosten auf 12.000,- €.

- Der Vorsitzende berichtete über die Problematik der Sporthalle im Eduard-Spranger-Gymnasium.

Herr Götz erklärte, dass nach dem derzeitigen Stand, die Sporthalle bis 10. November 2013 gesperrt sein wird. Er informierte über den Ablauf der Renovierungsarbeiten. In den Sommerferien war der Innenausbau mit neuen Prallwänden und Geräteraumtoren geplant. Es wurde alles so getaktet, dass bis Ende der Sommerferien die Arbeiten erledigt sein sollten. Nach dem Bauzeitenplan wurden die Prallwände ausgebaut. Die neuen Prallwände wurden jedoch erst 4 Wochen später geliefert. Deshalb konnte die Maßnahme in den Sommerferien nicht fertig gestellt werden. Danach stellte man noch fest, dass der Sportboden stark in Mitleidenschaft gezogen war. Da die Halle gesperrt war, entschied man sich dafür, den Sportboden auszutauschen. Beim Ausbau des alten Bodens wurde festgestellt, dass der Estrich stärker bewährt ist. Durch die Demontage der Bewehrung geriet man eine Woche in Verzug. Bei Lieferung des Oberbodens musste dann festgestellt werden, dass die Firma, welche die darunter liegenden Holzplatten verlegte, schadhafte Platten eingebaut hatte. Die Firma erkannte den Schaden an und wird die Mängel beheben. Aus diesem Grund müsse die Sporthalle bis 10. November 2013 weiterhin gesperrt bleiben.

Ratsmitglied Lerch fragte nach, ob der bei den Vereinen entstandene Schaden den Firmen in Rechnung gestellt werden könnte.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass es sich hier um Schulsportstätten handelt, welche den Vereinen kostenlos zu Verfügung gestellt werden.



Herr Götz ließ dies juristisch bereits prüfen. Voraussetzung für einen Regress sei ein finanzieller Schaden. Dieser sei weder der Stadt Landau noch den Vereinen entstanden.

- Der Vorsitzende informierte über den schlechten Zustand der nördlichen Horstbrücke. Die Brücken werden regelmäßig überprüft und es war bekannt, dass die Sperrung der Brücke für Fahrzeuge über 7,5 t angeordnet wurde. Da Sperrung nur ausgeschildert war, wurde sie von der überwiegenden Mehrzahl der Lkw-Fahrer missachtet. Bei einer regulären Untersuchung stellte man fest, dass sich das Brückenwerk weiter verschlechtert hat. Nun müsse die Einschränkung für den Schwerlastverkehr im nördlichen Teil der Brücke angeordnet werden. Eine Sanierung der Brücke werde in 5 Jahren erfolgen.

Herr Moayyedi ergänzte, dass bei einer nochmaligen Untersuchung der Brücke festgestellt wurde, dass sich der Schaden vergrößert hat, die Brücke noch mehr darunter leidet und teilweise auch Teile der Brücke herunterfallen. Aus diesem Grund müssen einige Schritte vorgenommen werden. Als erster Schritt wurden an der Unterseite der Brücke Fangnetze angebracht, um das Herunterfallen von herausbrechenden Betonteilen auf die Schienen oder Autos zu verhindern. Diese Maßnahme wird zwischen dem 30. Oktober und 3. November 2013 ausgeführt. Damit Lkw's die Brücke nicht mehr befahren, soll als zweiter Schritt eine bauliche Einengung der Brücke erfolgen. Als dritter Schritt wurde die Entlastung der Gerbergelenke durch eine Stützkonstruktion von 22 Schwerlaststützen und 4 Jochträgern vorgesehen. Der vierte Schritt ist der Rück- und Neubau der Brücke.

Der Vorsitzende erklärte, dass im Jahr 2014 diese Maßnahme in den Gremien eingebracht wird, um die Maßnahme voranzubringen. Das Land muss mit eingebunden werden und da die Brücke im Zuge einer Kreisstraße liegt, erfolgt eine Förderung in Höhe von 60 – 70 % der Baukosten. Mit den vorgesehenen Maßnahmen sei davon auszugehen, dass bei einem Einhalten der Lastbeschränkungen die Brücke noch ca. 5 Jahre in Funktion bleiben kann.

- Der Vorsitzende informierte über das Schreiben der SPD-Stadtratsfraktion. Hier gehe es um die Sicherheit der Fahrradfahrer. Dieses Thema wurde im Präventionsrat besprochen. Es soll eine gemeinsame Aktion der Stadt mit der Polizei und der Universität in Form eines Appells stattfinden. Danach wird dies von der Polizei und dem Ordnungsamt mit Kontrollen unterstützt. Sie werden die Initiative mit der Hoffnung auf Unterstützung im Stadtrat einbringen.
- Ratsmitglied Lerch dankte für die Übermittlung der Niederschrift des Gespräches bei dem Ministerpräsidenten bezüglich der Landesgartenschau in Mainz. Die Stadtverwaltung geht davon aus, dass zum einen das Land die Unterstützung zugesagt habe und dass der Fördermittelbedarf für die Maßnahme insgesamt durch die zusätzlichen Kosten nicht ansteigen wird. Das würde bedeuten, dass keine zusätzlichen Fördermittel benötigt werden. Er möchte wissen, ob dies so zutreffend sei.

Herr Kamplade erläuterte, dass bei der Konversion klar bestätigt wurde, dass die Förderfähigkeit außer Frage steht und das Land sich einer Förderung, in den Folgejahren 2016 und 2017, wenn die Verwaltungsvorschrift Städtebauförderung eingehalten ist, nicht entgegenstellt. Sie gehen von einer Refinanzierung durch die Einnahmen aus.

Ratsmitglied Lerch wies darauf hin, dass in dem Schreiben von Kosten in Höhe von 2,335 Mio. € gesprochen wird und im Protokoll von Kosten in Höhe von 3,4 Mio. €.

Der Vorsitzende erklärte, dass die Gesamtkosten 3,4 Mio. € betragen. Differenziert fallen für den Wohnpark Am Ebenberg 2,4 Mio. € und für das klassische Kohlelager 1,1 Mio. € an.



Im Protokoll steht geschrieben, dass das Land 80 Prozent fördert und zwei Absätze weiter spricht man von 85 Prozent. Hierzu möchte Ratsmitglied Lerch wissen, ob es sich um zwei unterschiedliche Themenkreise handelt.

Der Vorsitzende informierte, dass der Wohnpark die Entwicklungsmaßnahme sei und dort das Städtebauförderrecht gilt. Hier sieht man vor, die nicht gedeckten Kosten mit 85 % zu bezuschussen. Unabhängig davon gab es einen Zuschuss vom Finanzministerium für das Kohlelager mit 80 %.



Die Niederschrift über die 37. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 29. Oktober 2013 umfasst 22 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 64.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Stefanie Schuster
Schriftführerin

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete